## S 45 SB 1377/00

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 13 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 45 SB 1377/00

Datum 16.01.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 SB 31/02 Datum 12.08.2003

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Klägerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 16. Januar 2002 wird zurückgewiesen. AuÃ□ergerichtliche Kosten haben die Beteiligten einander nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Die 1929 geborene Kl $\tilde{A}$ xgerin begehrt von dem Beklagten die Zuerkennung des Merkzeichens "RF" als Voraussetzung f $\tilde{A}$ x4r die Befreiung von der Rundfunkgeb $\tilde{A}$ x4hrenpflicht.

Bei der Klägerin waren durch Bescheid vom 18. Juni 1992 ein Grad der Behinderung (GdB) von 90 sowie die Voraussetzungen der Merkzeichen "B" (Notwendigkeit ständiger Begleitung) und "G" (erhebliche Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im StraÃ□enverkehr) anerkannt.

Auf den im Juni 1999 gestellten Verschlimmerungsantrag lieà der Beklagte die Klägerin durch den Arzt M untersuchen. Dieser hielt in dem Gutachten vom 23. November 1999 einen GdB von 100 für angemessen, wobei er von folgenden Einzelbehinderungen ausging:

- a) NierenschĤdigung, Nierentransplantation 1977 GdB 50
- b) Herzleistungsminderung bei coronaren DurchblutungsstĶrungen und Bluthochdruck GdB 50
- c) Degenerative WS- und GelenksverĤnderungen, Sprunggelenksfraktur re. 1984, Kniescheibenbruch 1998, FuÄ∏fehlstatik, InstabilitĤt re. Knie GdB 60 Osteopathie bei Hyperparathyreoidismus und langjĤhriger Cortisonbehandlung d) Schwindelbeschwerden GdB 20

Er führte weiter aus, die Klägerin sei nicht auÃ∏ergewöhnlich gehbehindert; sie könne mit einer Begleitperson am öffentlichen Leben teilnehmen. Neue Nachteilsausgleiche seien nicht anzuerkennen. Der Beklagte folgte dem in dem Bescheid vom 13. Januar 2000. Der Widerspruch der Klägerin gegen diesen Bescheid hatte keinen Erfolg (Widerspruchsbescheid vom 25. Mai 2000).

Das Sozialgericht, bei dem die Klägerin die Zuerkennung der Merkzeichen a.G. (auÃ∏ergewöhnliche Gehbehinderung), T (Anspruch auf Inanspruchnahme eines Telebusses) und RF begehrte, hat den Internisten und Arzt fÃ⅓r Lungen-/Bronchialheilkunde Dr. B zum medizinischen Sachverständigen ernannt. Der Arzt stellte in seinem Gutachten vom 22. November 2000 folgende Behinderungen fest:

- 1. GebrauchsbeeintrĤchtigung und InstabilitĤt der SeitenbĤnder des Kniegelenkes des rechten Beines infolge DurchblutungsstĶrungen, Nerveneinklemmung mit Schmerzen und Gangunsicherheit bei nicht stĤndig wegen der Nebenwirkungen getragenen Knieorthese und Verbundplattenosteosynthese im rechten Unterschenkel (Dezember 1998) nach kompliziertem Bruch des rechten Unterschenkels, einem alten Kniescheibenbruch rechts. MuskelverschmĤchtigung und EinschrĤnkung der groben Kraft des rechten Armes nach Oberarmbruch rechts (Dezember 1998).
- 2. Transplantatniere links, terminale Insuffizienz der rechten Niere; BlutgerinnungsstĶrungen infolge GefäÃ[wandveränderungen, Neigung zu Entzündung des Harnapparates, übermäÃ[ige Harnausscheidung infolge therapeutischer Hydration (Flüssigkeitszufuhr) durch längerfristige Dauerbehandlung mit immunsuppressiven Medikamenten (Cortison und Endoxan).
- 3. Herzleistungsminderung bei coronaren DurchblutungsstĶrungen und Bluthochdruck.
- 4. Schwindelattacken (StĶrung der Blutdruckregulation).

Er fýhrte weiter aus, aufgrund des Untersuchungsbefundes vom Oktober 2000 könne nicht bestätigt werden, dass sich die Klägerin wegen der Schwere ihres Leidens dauernd nur mit fremder Hilfe oder groÃ□er Anstrengung auÃ□erhalb eines Kraftfahrzeuges bewegen könne. Ihr Gehvermögen sei zweifellos deutlich eingeschränkt. Der Teilnahme am öffentlichen Personennahverkehr unter Inanspruchnahme einer Begleitperson stehe entgegen, dass sie bei gröÃ□erem Verkehrsaufkommen durch das Gedränge nicht in der Lage sei, auszuweichen. Das Risiko einer Unfallgefahr sei unverhältnismäÃ□ig groÃ□. AuÃ□erdem bestÃ⅓nden beim Ã□berwinden von Treppenstufen beträchtliche Probleme durch ihre Leiden. Weitere erhebliche Schwierigkeiten träten infolge der Notwendigkeit der häufigen

Harnausscheidung auf, wobei Zwangssituationen entstehen könnten, die unbedingt vermieden werden sollten. Aus diesen Gründen sei die Klägerin auch gehindert, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen.

Einer Empfehlung des Arztes fÃ $\frac{1}{4}$ r Chirurgie und Urologie Dr. B (Stellungnahme vom 11. August 2001) folgend erkannte der Beklagte durch Bescheid vom 28. August 2001 mit Wirkung ab November 2000 das Vorliegen der gesundheitlichen Voraussetzungen fÃ $\frac{1}{4}$ r die Merkzeichen "aG" und "T" an. Weitere Merkmale lÃ $\frac{1}{4}$ gen nicht vor.

Das Sozialgericht hat die Klage durch Gerichtsbescheid vom 16. Januar 2002 abgewiesen. Zur Begrýndung hat es ausgefýhrt, die Voraussetzungen des allein noch strittigen Merkzeichens "RF" lägen nicht vor. Mit Hilfe des Telebusses und einer Begleitperson sei die Klägerin durchaus in der Lage, ihre Wohnung zu verlassen und z.B. Kaufhäuser oder Restaurants aufzusuchen. Derartige Besuche wÃ⅓rden von ihr selbst nicht bestritten. Wenn sie aber in der Lage sei, zu diesen Zwecken das Haus zu verlassen, dann könne sie auch eine Vielzahl geeigneter öffentlicher Veranstaltungen besuchen. Es gebe im Land Berlin ein FÃ⅓lle von Veranstaltungen, die speziell fÃ⅓r Senioren oder fÃ⅓r behinderte Menschen angeboten wÃ⅓rden oder die keine lange Anwesenheit erforderten oder zu denen man jederzeit kommen bzw. die man jederzeit verlassen könne.

Gegen den am 28. Februar 2002 zugestellten Gerichtsbescheid hat die KlĤgerin am 25. MĤrz 2002 Berufung eingelegt. Sie beruft sich auf das Gutachten von Dr. B, der dargelegt habe, dass sie an Ķffentlichen Veranstaltungen nicht mehr teilnehmen kĶnne. Sie kĶnne aufgrund ihres Gesundheitszustandes keine Verabredungen im Voraus treffen und mļsse Ķffentliche Menschenansammlungen meiden. Der Zustand habe sich zudem verschlechtert. Sie leide stĤndig unter Schmerzen im rechten KnĶchel, im linken Knie und der Brustund LendenwirbelsĤule.

Die KlĤgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 16. Januar 2002 aufzuheben und den Bescheid des Beklagten vom 13. Januar 2000 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 25. Mai 2000 sowie den Bescheid vom 28. August 2001 zu Ĥndern und den Beklagten zu verurteilen, ihr das Merkzeichen "RF" zuzuerkennen.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Der Senat hat einen Befundbericht der behandelnden ̸rztin F vom 3. August 2002 eingeholt. Dazu hat sich u.a. am 4. September 2002 erneut Dr. B geäuÃ∏ert.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und der Akte des Beklagten Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung der KlĤgerin ist nicht begründet. Sie hat keinen Anspruch auf die Feststellung, dass die gesundheitlichen Merkmale für die Inanspruchnahme des begehrten Nachteilsausgleichs, die Befreiung von der Rundfunkgebýhrenpflicht, vorliegen (vgl. <u>§ 69 Abs. 4</u> des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuches â∏∏ SGB IX -). Die Klägerin gehört insbesondere nicht zu dem â∏ hier allein in Betracht kommenden â∏ Personenkreis des § 1 Abs. 1 Nr. 3 der "Verordnung ýber die Voraussetzungen für die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht" vom 2. Januar 1992 (GVBI. für Berlin S. 3). Hiernach sind Behinderte von der Rundfunkgebührenpflicht zu befreien, wenn sie nicht nur vorübergehend um mindestens 80 vom Hundert in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert sind und wegen ihres Leidens an Ķffentlichen Veranstaltungen nicht teilnehmen kĶnnen. Nach der stĤndigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts â∏∏ BSG -, der der erkennende Senat gefolgt ist, sind als öffentliche Veranstaltungen Zusammenkünfte politischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, kirchlicher, sportlicher und unterhaltender und wirtschaftlicher Art zu verstehen, die lĤnger als 30 Minuten dauern, also nicht nur Ereignisse kultureller Art, sondern auch Sport, Volksfeste, Messen, MÃxrkte und Gottesdienste (vgl. BSG SozR 3870 § 3 Nr. 15, 24, 25, SozR 3-3870 § 4 Nr. 2, 17 und BSG Breith. 1994, S. 230). Die Rechtsprechung hat die UnmĶglichkeit der Teilnahme an solchen Veranstaltungen nur dann bejaht, wenn der Schwerbehinderte in einem derartigen Ma̸e eingeschränkt ist, dass er praktisch von der Teilnahme am Ķffentlichen Gemeinschaftsleben ausgeschlossen und an das Haus gebunden ist (vgl. BSG SozR 3-3870 § 4 Nr. 3, 15). Mit dieser sehr engen Auslegung soll gewĤhrleistet werden, dass der auch aus anderen Gründen zweifelhafte Nachteilsausgleich "RF" (vgl. insbesondere BSG in Breith. a.a.O. und das unveröffentlichte Urteil zum Az. 9 RVs 3/93 vom 16. März 1994, worin die Auffassung vertreten wird, dass es wegen der nahezu vollstĤndigen Ausstattung aller Haushalte in Deutschland mit Rundfunk- und FernsehgerÄxten zunehmen zweifelhaft erscheint, dass durch den Nachteilsausgleich "RF" tatsĤchlich ein behinderungsbedingter Mehraufwand ausgeglichen wird) nur Personengruppen zugute kommt, die den im Landesrecht ausdrĽcklich genannten Schwerbehinderten (Blinde und HĶrgeschĤdigte) und den aus wirtschaftlicher Bedrängnis sozial Benachteiligten vergleichbar sind.

Der Senat vermag den vorliegenden Ĥrztlichen Ä□uÃ□erungen nicht zu entnehmen, dass die Klägerin die geschilderten Voraussetzungen erfÃ⅓llt. Dabei verkennt er nicht, dass sie besonders schwer behindert ist. Dies folgt bereits aus den ihr zuerkannten Merkzeichen und dem GdB von 100. Mit dem Sozialgericht ist jedoch davon auszugehen, dass die Behinderungen ebenfalls insoweit ausgeglichen werden, dass sie einen ins Gewicht fallenden Anteil an Veranstaltungen des öffentlichen Lebens besuchen kann. Durch die Benutzung eines Rollstuhles wird das auÃ□erhalb der Wohnung nicht mehr bestehende Gehvermögen ausgeglichen, durch das Merkzeichen "B" eine Begleitung zur Bedienung des Rollstuhles, durch die Berechtigung zur Benutzung des Telebusses können ihre Schwierigkeiten im öffentlichen Personennahverkehr vermieden werden. Dass die Klägerin auch bei Inanspruchnahme dieser Hilfen praktisch an die Wohnung gebunden ist, kann nicht

festgestellt werden. Soweit Dr. B dies ausfļhrt, ist seine Beurteilung nicht schlüssig, weil er als Schilderung der Klägerin angegeben hat, diese sitze beim Einkaufen im Rollstuhl, alle Handreichungen erfolgten durch den Ehemann. Beim Besuch von Restaurants kĶnnten Probleme entstehen, sofern Stufen zum Aufsuchen der RA¤umlichkeiten oder der Toiletten zu A¼berwinden seien. Bei dem Besuch von ̸rtlichkeiten mit stärkerem Publikumsverkehr (z.B. Kaufhaus) käme es zu Platzangst mit Engegefühl und Atembeschwerden, so dass ärztlicherseits der Einsatz von Nitrosprays empfohlen werde. Ein weiteres Problem liege in der vermehrten Flýssigkeitsaufnahme wegen der Nierenerkrankung. Die wiederholte FIüssigkeitsaufnahme (2 bis 3 Liter pro Tag) führe zu der Notwendigkeit häufigerer Harnentleerung, die im 1 1/2- bis höchstens 2-stündigen Abstand erforderlich sei. Aus diesem Grunde mÃ1/4sse auf ToilettennÃxhe bei allen Unternehmungen geachtet werden. Besonders gýnstig seien die Voraussetzungen hier im Britzer Garten, der sich in WohnnĤhe befinde. Danach ist festzustellen, dass der Klägerin der Besuch gröÃ∏erer Veranstaltungen durchaus nicht mehr möglich sein wird, wie auch von der behandelnden Ã∏rztin F in dem Befundbericht vom 3. August 2002 ("Unruhe, Phobien") angegeben. Damit ist ihr aber nur ein Segment aus dem Kreis mĶglicher Veranstaltungen verschlossen. Bereits das Sozialgericht hat auf die Vielzahl von Veranstaltungen hingewiesen, die für Senioren und behinderte Menschen angeboten werden und die eine lĤngere Anwesenheit nicht erfordern. Diese Veranstaltungen finden zur Geselligkeit (Kaffeetafel) sowie auf kulturellem, religiA¶sem oder wissenschaftlichem Gebiet statt und sind mit keinem grĶÄ∏eren Publikumsandrang verbunden. Soweit die Klägerin vorträgt, sie müsse nach einer 1979 durchgeführten Nierentransplantation täglich mindestens drei Liter Flþssigkeit zu sich nehmen und deshalb alle 1 1/2- bis 2 Stunden die Toiletten aufsuchen, ist darauf hinzuweisen, dass nach der hä¶chstrichterlichen Rechtsprechung (vgl. BSG SozR 3-3870 § 4 Nr. 17) bei Harninkontinenz die Benutzung von Windelhosen zumutbar ist. Im ̸brigen ist es für den Behinderten auch zumutbar, durch die vorherige Steuerung der FIüssigkeitszufuhr den Harndrang zu beeinflussen. Dies hÃxlt der Urologe Dr. B auch im Hinblick auf die Nierenerkrankung der KlĤgerin fþr möglich und zumutbar. SchlieÃ∏lich ist darauf hinzuweisen, dass lediglich Behinderte, die eine Veranstaltung nur bis zu 30 Minuten besuchen kA¶nnen, zum berechtigten Personenkreis gehĶren kĶnnen. Diese Zeit überschreitet die KlĤgerin auch nach eigenen Angaben mit erforderlichen Toilettenbesuchen nach 1 1/2 bis 2 Stunden erheblich.

Soweit die Ä\[\textrm{rztin F auf die Schmerzen der Kl\tilde{A}\tilde{\textrm{gerin hinweist und meint, sie k\tilde{A}\tilde{\textrm{nne deshalb keine \tilde{A}\tilde{\textrm{ffentlichen Veranstaltungen besuchen, ist darauf hinzuweisen, dass die Schmerzen bei Benutzung eines Rollstuhles und der anderen m\tilde{\textrm{A}\tilde{\textrm{glichen Hilfen offenkundig nicht auf einer k\tilde{\textrm{A}\tilde{\textrm{rperlichen Anstrengung beruhen, also nicht f\tilde{\textrm{A}\tilde{\textrm{4}\truper den Besuch von Veranstaltungen typisch sind, also im h\tilde{\textrm{A}\tilde{\textrm{uslichen Bereich ebenso auftreten k\tilde{\textrm{A}\tilde{\textrm{nnen. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Besuch geeigneter Veranstaltungen eine ablenkende Wirkung hat.}

Die Kostenentscheidung folgt aus <u>§ 193</u> des Sozialgerichtsgesetzes (SGG).

Gründe für eine Zulassung der Revision nach § 160 Abs. 2 Ziffern 1 oder 2 SGG

liegen nicht vor.		
5 . W. 40.44.0000		
Erstellt am: 18.11.2003		
Zuletzt verändert am: 22.12.2024		